

DKP-Informationen

Nr. 3/2013 - 27. März 2013

**1. (konstituierende) Parteivorstandstagung
23./24. März 2013
Freizeitheim Linden
Windheimstraße 4, 30451 Hannover**

Referat

Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

1. (konstituierende)Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2013,

Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover

Inhalt

1. Tagesordnung
 2. Referat: Zur Auswertung und Schlussfolgerungen des 20. Parteitag
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
 3. Beschlüsse
-

1. (konstituierende)Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2013,

Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung – Beschluss zu Tagesordnung und Zeitplan
2. Referat: Zur Auswertung und Schlussfolgerungen des 20. Parteitag
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Diskussion
4. Arbeitsweise/Beschluss Geschäftsordnung des Parteivorstandes/Terminplan
5. Personelles
Vorschlag und Wahl eines Sekretariates
Vorschlag und Wahl Kassierer/Geschäftsführer
Vorschlag für Kommissionen/Arbeitskreise und deren Verantwortlichkeiten
6. Vorbereitung 1. Mai (Aufruf/Konzeption UZ-extra)
7. Beschlussfassung zu kommunisten.de
8. Weitere Beschlussfassung
9. Sonstiges
10. Schlusswort

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2013,

Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover

Zur Auswertung und Schlussfolgerungen des 20. Parteitag

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch wenn ein wesentlicher Inhalt dieser PV-Tagung die Auswertung des ersten Teils des 20. Parteitages ist, so macht ein Blick auf die uns umgebende Realität deutlich, dass das Eingreifen der DKP gefordert und notwendig ist.

Am 14. März jährte sich zum zehnten Mal die sogenannte Agenda-Rede von Schröder. Es gab Rückblicke und die Ankündigung, dass der Agenda 2010 nun eine Agenda 2020 folgen soll. Pünktlich wurde durch die Bertelsmann-Stiftung dann auch die Rente mit 70 wieder in die Diskussion gebracht.

Es ist mit aller Deutlichkeit zu sagen, die sogenannte Agenda 2010 war der von einer SPD/Grünen-Bundesregierung durchgeführte schärfste Angriff auf die Interessen der arbeitenden Menschen in den letzten Jahrzehnten. Die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung wurden massiv verschlechtert. Durch die Reduzierung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wurde das Damoklesschwert des schnellen sozialen Abstiegs zur Armut für die gesamte Arbeiterklasse zur realen Bedrohung. Das hatte und hat starke Auswirkungen auf das Massenbewusstsein. Das führt in Kombination mit der existierenden Massenarbeitslosigkeit zu Einschüchterung und Angst.

Vor diesem Hintergrund ließ sich die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem im Verhältnis zur Produktivität relativen Niedriglohnland fortsetzen. Das ist der Hintergrund, wieso sich das deutsche Finanzkapital mittels der sogenannten Exportwalze und der daraus folgenden Ausblutung vor allem der europäischen Peripherie, mittels der Schuldenfalle für ganze Staaten in seinem Sinne recht erfolgreich durch die bisherige Krise brachte.

Eine neue dreiste Variante sollte nun in Zypern ausprobiert werden. Im Handstreich und übers Wochenende sollte ein Teil des Ersparten enteignet werden, um marode Banken zu sanieren. Das war zu dreist, die Menschen gingen auf die Barrikaden, unsere Bruderpartei, die AKEL, mittendrin – nicht einmal die Parteifreunde des erst kürzlich gewählten konservativen Staatspräsidenten trauten sich dann, diesen Coup im Parlament abzusegnen.

Was unser Land und unsere Verantwortung angeht, ist eine langfristige Orientierung und Aufbau von Widerstand nötig, der aus unserer Sicht vor allem die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich umfassen muss. Dafür sind aber auch die kurzfristig anstehenden Widerstandsaktionen wie die Umfairteilen-Aktivitäten, der 1. Mai und Blockupy zu nutzen, um unser Eingreifen mit unseren Positionen zu organisieren.

Dabei müssen wir uns auf Angriffe des Kapitals einstellen, Agenda 2020 ist genannt, aber auch Einzelangriffe auf Teile der Arbeiterklasse, wie die Kündigung der Tarifverträge im Einzelhandel, dürfen wir nicht übersehen.

Und wir dürfen nicht übersehen, dass diese Strategie nach innen begleitet wird durch eine Strategie des deutschen Imperialismus nach außen, durch eine Strategie, die auch die militärische Komponente umfasst und deren Spiegelbild nach innen Militarisierung und Umbau der Bundeswehr beinhaltet.

Erschütternd und in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet ist, dass es in diesem Zusammenhang einen Aufruf von Politikern aller im Bundestag vertretenen Parteien für „mehr europäische Außenpolitik“ gibt, der letztlich offen für eine Variante der Strategie des deutschen Imperialismus Partei ergreift. Wir haben in der UZ berichtet. Es ist dringend notwendig, dass wir bei den Ostermärschen auf diese Dinge aufmerksam machen, verdeutlichen, dass die Militäreinsätze von Mali bis Afghanistan mit Humanität überhaupt nichts zu tun haben und abzulehnen sind, genauso wie die Überlegungen, die

Bundeswehr mit Drohnen, gar Kampfdrohnen auszustatten. Wir begrüßen es, dass es dagegen Widerstand gibt und haben als Partei den Aufruf „Keine Kampfdrohnen“ unterstützt. Ein Antikriegsinfo haben wir erstellt, es steht der Partei zur Verfügung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war gut, dass wir parallel zu unserem Parteitag doch einen recht guten Einsatz der Partei beim Opel-Solidaritätsfest hinbekommen haben. Besonderen Dank auch noch mal an die Genossinnen und Genossen von VW Braunschweig.

Leider zeigt aber das Problem Opel auch ein Problem der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Ganz offensichtlich ist der Gedanke der notwendigen standortübergreifenden Solidarität hier nicht genügend verankert. In der Hoffnung, dadurch die eigenen Arbeitsplätze zu retten, ist man nicht nur bereit, auf Tarifierhöhungen zu verzichten, sondern auch andere Standorte relativ im Regen stehen zu lassen. Dabei hat doch die eigene Geschichte gezeigt, dass sich das nie auszahlt. Leider ist dabei auch die Rolle der IG Metall äußerst widersprüchlich. Gerade ihre Aufgabe wäre es aber, Standortdenken und Entsolidarisierung entgegenzuwirken. Unsere Betriebszeitung „linker blinker“, die am Solidaritätsfest verteilt wurde, weist zurecht darauf hin, dass es darum geht, dass „GM im Geld schwimmt“, „2012 betrug der Nettogewinn 4,9 Mrd. Dollar. Aber die GM-Bosse wollen die Gewinnmarge von jetzt 6 % auf 9 % steigern.“ Und richtig ist auch: „Wer sich auf die Standortlogik einlässt, hat bereits verloren.“

Gemeinsam mit unserer Kreisorganisation und dem Bezirk Ruhr-Westfalen müssen wir jetzt überlegen, wie wir unsere Solidarität fortsetzen. Gerade auch, weil die Belegschaft mit der Ablehnung des Tarifvertrages ein richtiges Signal gegeben hat und gleichzeitig von der mangelnden Solidarität anderer Standorte betroffen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Seite in der UZ machte deutlich, wie vielfältig die Aktivitäten zum Frauentag unserer Partei doch sind. In vielen Städten wurde mit Nelkenverteilungen und der UZ-Extra für unsere Positionen geworben, fanden Veranstaltungen statt. Manche haben sich schon zur Tradition entwickelt und füllen große Säle, wie z.B. die Matinee in Essen mit 150 zahlenden Besuchern. Wir gratulieren und bedanken uns bei allen Genossinnen für diese tollen Aktivitäten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

man kann fast die Uhr danach stellen, wenn zu viele Verstrickungen der Herrschenden und ihrer staatlichen Organe mit Neofaschisten ans Tageslicht kommen oder auf dem Tisch liegen, dann kommt garantiert ein angeblich „islamistischer“ Terroranschlag oder dessen Planung. Nun sollen es Salafisten auf die ProNRW-Rassisten abgesehen haben und schon wird kaum mehr über den NSU gesprochen. Im Windschatten der ganzen Geschichte versucht dann noch die FDP und der unselige Rösler, das überfällige NPD-Verbotsverfahren zu torpedieren, was angesichts der geschichtlichen Verstrickung von Teilen der FDP in den braunen Sumpf nicht völlig verwundert. Die zeitliche Abfolge ist aber so dermaßen auffällig, dass es zumindest notwendig ist, darauf hinzuweisen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor 3 Wochen war der erste Teil unseres 20. Parteitags. Was hat er bislang geleistet: Er hat in der Generaldebatte und mit dem Referat ein Bild auf das vorhandene Eingreifen der Partei geworfen und hat deutlich gemacht, die DKP ist aktiv und, so klein sie ist, sie greift ein. Dabei streitet sie sich über grundsätzliche Fragen, aber in diesem Streit geht die Meinungsbildung auch durchaus voran.

Ein neuer Parteivorstand wurde gewählt, auch er ist Ausdruck dieser Weiterentwicklung der Meinungsbildung. Das finden diejenigen nicht gut, die anderer Meinung sind, und trotzdem ist es Ergebnis eines demokratischen Prozesses der Gesamtpartei und des Parteitages.

Der erste Teil des Parteitages hat auch wichtige Beschlüsse gefasst, diese meist einmütig und ebenfalls im Ergebnis einer demokratischen Debatte und Entscheidungsfindung und keineswegs, wie leider auch zu hören ist, im Vorbeigehen, als Pausenfüller. Wir haben einen Beschluss zur Beitragsordnung

gefällt, der hoffentlich das Beitragsaufkommen erhöht, da er gutverdienende Genossinnen und Genossen mehr schröpft. Wir haben die Schiedsordnung konkretisiert. Wir haben Beschlüsse zum Eingreifen der Partei in die aktuellen Kämpfe gefasst, die sich sehen lassen. Sowohl der Beschluss zur Frage der Arbeitszeitverkürzung als auch der Grundsatzbeschluss zur Kommunalpolitik sind dabei von grundsätzlicher Bedeutung und beinhalten eine langfristige Orientierung auf die Interessensvertretung der Arbeiterklasse in der Produktions- und Reproduktionssphäre. Ich hoffe, dass diese Beschlüsse in möglichst vielen Parteigruppen die Grundlage für die Entwicklung von Aktivitäten und Arbeitsplänen darstellen. Ich denke, dass alle Bezirks- und Landesorganisationen gefordert sind zu überlegen, wie die Umsetzung dieser Beschlüsse in den Gliederungen verankert werden kann. Im Bereich der Kommunalpolitik haben wir dies noch ergänzt durch Beschlüsse zur Mietenpolitik – aus meiner Sicht und auch angesichts der schon vorhandenen Aktivitäten der Partei ein zunehmend wichtiges Handlungsfeld. Hier haben wir es zu tun mit Zwangsumzügen in der Folge der Hartz-Gesetze und dem Ausbluten der Kommunen, aber auch im Gefolge von Spekulation mit Wohnraum. Und hier gibt es bereits Aktionsbeispiele von großer Breite, sie reichen von der Verhinderung bzw. dem Kampf gegen Zwangsräumung in Berlin bis zur kontinuierlichen Interessensvertretung in Mietervereinen, wie z.B. in Essen. Der Ansatz, diese verschiedenen Erfahrungen auszuwerten und zusammenzubringen, den müssen wir unbedingt umsetzen.

Der Parteitag hat einen wichtigen Beschluss zur Jugendpolitik gefasst und damit die Grundlage gelegt, die Irritationen im Verhältnis zur SDAJ zu beenden. Das muss schnell geschehen, denn die können weder wir noch die SDAJ brauchen. Die Pfingstcamps der SDAJ müssen nun in der Praxis zeigen, dass wir an unserem klaren Verhältnis, wie es auch im Parteiprogramm definiert ist und wir es im Parteitagsbeschluss bekräftigen, festhalten - und zwar nicht als Formel, sondern in der Praxis. Wir sollten jetzt überall darum ringen, dass möglichst viele Genossinnen und Genossen an den Pfingstcamps der SDAJ und an den gerade laufenden Veranstaltungen im Rahmen des Kuba-Solidaritätsprojekts teilnehmen. Für eine konkrete Unterstützung der SDAJ liegt euch ein Antrag vor, der von allen Vorsitzenden gemeinsam eingebracht ist.

Dann hat der Parteitag noch etwas nicht beschlossen, was aber durchaus auch zu unterschiedlichen Interpretationen führt. Er hat nicht beschlossen, den Beschluss des alten Parteivorstands zu den Bundestagswahlen zu verändern. Dieser alte Beschluss beinhaltet das inhaltliche Eingreifen der Partei in den Wahlkampf und die Orientierung auf Erststimmen-, also Wahlkreiskandidaturen. Einer Ausweitung dieses Beschlusses auf den Kampf um Landeslisten mochte der Parteitag nicht folgen. Ich glaube, das ist meine Interpretation, weniger weil er dies generell nicht wollte, sondern einerseits wegen des Zeitproblems, zwischen Parteitag und Bundestagswahlen lagen gerade 6 Monate, und wegen der Koppelung an die Beschlussfassung des Leitantrags, die wir ja noch nicht geschafft haben.

Jetzt mag ich mit meiner Interpretation falsch liegen. Dies muss und wird sich aber aus meiner Sicht in der Frage zeigen, wie wir die Europawahlen 2014, die Kommunalwahlen 2014, die in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen und Hamburg stattfinden, und die Betriebsratswahlen 2014 vorbereiten. Auf alle diese Wahlen müssen wir JETZT beginnen uns vorzubereiten und nicht dann, wenn es zu spät ist. Und für die Europawahlen und die Kommunalwahlen 2014 möchte ich zumindest meine Position zur Diskussion stellen. Bei der Europawahl bin ich eindeutig für eine eigenständige Kandidatur der DKP mit den Positionen, wie wir sie mit der endgültigen Beschlussfassung des Leitantrags haben werden, und bei den Kommunalwahlen bin ich dafür, an möglichst vielen Orten entweder mit gleichberechtigten Bündnissen oder mit der Kandidatur der DKP einzugreifen. Das muss man nicht teilen, aber man muss es diskutieren, und zwar bald, um nicht wieder durch den Zeitfaktor Fakten zu schaffen, die mit einer Entscheidung nach politischer Abwägung nichts zu tun haben.

Nein, das stellen wir nicht in einen Widerspruch zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen. Ich bin aber dafür, hier keine Spiegelfechtereien zu machen. Jede Gliederung der DKP, die in der Lage ist, sich intensiv mit der Vorbereitung der Betriebsratswahlen zu beschäftigen, die in der Lage ist, darauf hinzuwirken, dass in Betrieben Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der DGB-Gewerkschaften gewählt werden, die dafür stehen, dass sie eine kämpferische Interessensvertretung entwickeln, die müssen darauf orientieren und das hat Priorität. Das wird aber leider nur bei einigen Gliederungen der Fall sein – alle anderen sollten sich mit der Frage beschäftigen, wie wir an die Europawahlen bzw. an die Kommunalwahlen herangehen, und zwar nicht, weil wir auf Parlamentarismus orientieren, sondern weil wir darauf orientieren, die Partei auf die Straße zu bringen.

Jetzt komme ich noch zu zwei Punkten, bei denen es aus meiner Sicht eine Legendenbildung um den ersten Teil des Parteitags gibt. Es wird behauptet, der Parteitag habe einen programmatischen Bruch mit den bisherigen Aussagen der DKP zur Krise und zu den Gewerkschaften beschlossen. Interessant ist, dass ich bislang noch nirgends gehört habe, wo, an welchem Beschluss sich das festmachen lässt. Wenn das aber nicht an Beschlüssen nachgewiesen werden kann, dann bleibt es eine Legende, und zwar eine, die mit ihrer Verbreitung der Partei nicht nützt, sondern schadet.

Zur Gewerkschaftsfrage habe ich das bereits im Schlusswort auf dem Parteitag deutlich gemacht. Zur Krisendefinition bin ich gerne ebenso bereit, das auszuargumentieren.

Es gibt einen weiteren Punkt, bei dem ich über die Darstellung der Parteitagsergebnisse in manchen Gliederungen stolpere. Es gibt die Behauptung, dass durch die Entlastung des Parteivorstands und seines Kassierers das Referat zu einem beschlossenen Dokument erhoben worden wäre. Hier will ich mich nicht über die bürgerlich-rechtliche Bedeutung eines Entlastungsbeschlusses auslassen, aber wer den Entlastungsbeschluss so interpretiert, dass der Parteitag damit die im Referat enthaltene These von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Land beschlossen habe, der offenbart schon ein merkwürdiges Verständnis unserer innerparteilichen Demokratie. Er offenbart auch einen sehr ambivalenten Umgang mit den Delegierten, weil der Entlastungsbeschluss soll plötzlich das Referat beinhalten, während konkrete Beschlüsse eigentlich nur Pausenfüller waren. Ich denke, da macht es mehr Sinn, um Inhalte zu streiten denn um solche Formalia.

Nicht geschafft haben wir die komplette Behandlung des Leitantrags, rund 80 der über 200 vorliegenden Änderungsanträge haben wir behandelt. Den Rest hat der Parteitag per Beschluss auf einen dritten Tag verschoben. Das gibt den Delegierten, aber auch der Partei insgesamt Zeit, sich auch mit dem von Hans-Peter entworfenen Änderungsantrag, der die Berliner Handlungsorientierung mit der Handlungsorientierung des Ursprungsantrags zusammenführt, zu befassen.

Weil es sich dabei um eine Zusammenführung von Texten handelt, die den Delegierten spätestens mit dem Versand der Unterlagen bekannt gemacht wurden. Weil auch der zusammengeführte Text den Delegierten am Parteitag übergeben wurde, sind wir im Kreis der Vorsitzenden der Meinung, dass die Zeit bis zum von uns vorgeschlagenen Termin für den 3. Tag des Parteitags, dem 25. Mai, wirklich ausreichend ist. Wir plädieren dafür, das so zu beschließen und den Antrag von Uwe, den dritten Tag später, also im Herbst durchzuführen, abzulehnen.

Dass die bisherigen Ergebnisse des Parteitags und vor allem auch die personellen Entscheidungen unterschiedlich bewertet werden, war klar. Kompliziert wird es, wenn die Überlegungen doch sehr in Richtung fraktioneller Zuspitzung gehen. Seit 2 Wochen zirkuliert in der Partei ein Papier aus Südbayern. Leo sagt zu diesem Papier: „Der Text geht auf eine Beratung von Münchner Delegierten zur Vorbereitung der Auswertung des Parteitages in der Münchner und südbayerischen DKP zurück. Im ersten Teil (Seite 1-7) handelt es sich um die Einführung in die Beratung und ersten Vorschlag für den Einstieg in die Auswertung in den Gruppen. Auf der letzten Seite sind Stichpunkte aus der Diskussion zusammengefasst, ohne dass diese bewertet oder weiter ausgeführt wären.“ Neben einer aus meiner Sicht schädlichen Sortierung von Genossinnen und Genossen in Schubladen bis hin zum Etikett „Maoisten“, sind es vor allem diese Stichpunkte, deren Umsetzung die Gefahren für die Partei massiv zuspitzen würden:

- Da wird die innerparteiliche Diskussion mehr oder minder für beendet erklärt: „Mit den ‚Anderen‘ lohnt sich die theoretische Debatte nicht“ – gemeint ist offensichtlich die Mehrheit dieses Parteivorstands, die Mehrheit der Delegierten des Parteitags und damit die Genossinnen und Genossen, die diese Delegierten gewählt haben.
- Da werden Eckpunkte benannt, die beinhalten, dass man eine eigene Bündnispolitik machen werde. Eine eigene Jugendpolitik auch.
- Man werde, egal offensichtlich, wie der Parteitag beschließt, weiter in der EL arbeiten, also eine eigene „Außenpolitik“ betreiben.
- Selbst an einen eigenen politisch-kulturellen Bezugspunkt wird gedacht, das Fest der Solidarität in München könne das sein, „möglichst auch mit überregionalem“ Charakter.
- Eine inhaltlich Plattform wird skizziert aus dem Programm, den Fragestellungen der Thesen und der Stellungnahme der Geschichtskommission zum Thema Stalinismus aus dem Jahre 1994
- Auf die Organisation und Vernetzung der Strömung wird orientiert und dazu soll das Nachrichtenportal kommunisten.de genutzt werden.

Die Entwicklungen der letzten Wochen rund um das Portal „kommunisten.de“ deuten an, dass das nicht nur theoretische Überlegungen sind, sondern auch die Umsetzung bereits läuft – ich hoffe, dass mit gewissem Abstand vom Parteitag alle Genossinnen und Genossen erkennen, dass dies ein falscher Weg ist, der nicht fortgesetzt werden darf und ich hoffe, dass wir diese Erkenntnis auch sehr schnell bezüglich der Internetdomäne kommunisten.de haben. Ein entsprechender Antrag liegt euch vor.

Ich hoffe weiter, dass die Diskussion der PV-Tagung deutlich machen wird, dass wir solchen Überlegungen eine klare Absage erteilen.

Klar muss uns sein, dass wir unsere Meinungsunterschiede nur in einer Kombination aus theoretischen Debatten und praktischem Handeln überwinden können. Deswegen sollten wir auch unser Hauptaugenmerk darauf richten, wie wir genau das anpacken. Wir schlagen euch folgende Dinge vor:

1. Wir sollten sehr schnell ein Material erarbeiten mit dem unsere Gliederungen langfristig daran arbeiten können, die Forderung nach der 30 Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ins Bewusstsein der Arbeiterbewegung zu tragen. Wir müssen uns klar sein, dass das ein längerer und schwieriger Prozess wird, schwieriger noch, wie es damals war, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu verankern, da wir uns heute in einer viel defensiveren Situation der Arbeiterbewegung befinden. Deswegen muss dieses Material die vielen Argumente für die Arbeitszeitverkürzung zusammentragen und dies mit grundsätzlichen Aussagen der DKP verbinden.
2. Wir halten es für richtig und notwendig, die Frage unserer Gewerkschaftspolitik auch theoretisch zu diskutieren. Wir schlagen vor, im Herbst zu diesem Thema eine theoretische Konferenz durchzuführen. Dies sollten wir durchaus in Verbindung zum 45. Jahrestag der Neukonstituierung der DKP setzen und dabei auch die Kontinuität von KPD und DKP mit einem differenzierten Blick auf die Erfolge und Rückschläge unserer Gewerkschaftspolitik verbinden.
3. Wir sollten mit dieser PV-Tagung bereits Signale geben, was das enge Verhältnis von DKP und SDAJ betrifft. Ganz konkret wollen wir sehr zügig ein erstes Gespräch zwischen dem neuen Sekretariat, das wir auf dieser PV-Tagung wählen wollen, und der Bundesgeschäftsführung der SDAJ zur Organisierung der Zusammenarbeit führen. Wir sollten darum ringen, dass möglichst viele PV-Mitglieder an den Pfingstcamps der SDAJ teilnehmen und wir sollten in den Kreisen und Gruppen für die Teilnahme vieler Genossinnen und Genossen werben. Dies gilt auch für die noch laufende Veranstaltungsreihe der SDAJ zur Solidarität mit den Cuban 5. Es liegt euch ein Antrag vor, mit dem wir beschließen wollen, einen Dauerspenderkreis aufzubauen, der es uns ermöglicht, der SDAJ eine Absicherung einer 450,- €-Beschäftigung zu ermöglichen.
4. Im Bereich der Parteibildung und der ideologischen Arbeit stehen wir vor drei miteinander verbundenen Aufgaben:

Wir müssen die Reorganisationen unserer Bildungsstrukturen in den Bezirken zunächst auf der Ebene des Parteivorstands und der Bezirksvorstände durch die Einrichtung einer funktionsfähigen Bildungskommission durchführen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Parteibildungsarbeit muss mit Nachdruck auf die Vermittlung von Grundlagenwissen für die Mehrheit der Mitglieder in allen drei Bestandteilen des Marxismus-Leninismus gesetzt werden: materialistische Philosophie, politische Ökonomie des modernen Monopolkapitalismus/Imperialismus und revolutionäre Strategien und Taktik. Es muss dabei zum A&O unserer Bildungsmaterialien und Bildungsveranstaltungen gehören, dazu die Kernaussagen der Klassikertexte im Original zu studieren und zu diskutieren und diese mit Daten, Fakten und Analysen unserer Zeit zu unterlegen.

Zu diesen Themen muss es – wie auch generell für die Durchführung von Grundlagenschulungen – auch zu einer stärkeren Kooperation mit der Karl-Liebknecht-Schule kommen. Sie ist die zentrale Bildungseinrichtung der DKP und muss in dieser Rolle wieder stärker ins Bewusstsein und in die Bildungsarbeit der gesamten Partei gerückt werden. Dazu müssen so-

wohl die Bindungsverantwortlichen wie die Organisations- und Personalverantwortlichen von PV und Bezirken gezielter kooperieren und muss auch die Abstimmung mit dem SDAJ-Bundesvorstand verbessert werden.

5. Zum Jahreswechsel 2013 / 2014 steht als organisationspolitische Herausforderung die Neuausgabe der Mitgliedsbücher vor uns. Gleichzeitig haben sich die Genossen Hermann und Marion, die ihren Lebensmittelpunkt aus Irland wieder in die Bundesrepublik verlagern, an uns gewendet mit der Idee, eine Kampagne/Aufgebot zur Stärkung der Partei durchzuführen. Das Ganze gehört natürlich zusammen mit den Überlegungen/Anträgen zur Durchführung eines UZ-Pressesfests im kommenden Jahr. All das ist heute noch nicht entscheidungsreif, muss es aber schnell werden. Deshalb schlagen wir euch vor, die kommende PV-Tagung, die noch vor den Sommerferien stattfindet, unter den Schwerpunkt dieser Fragestellungen zu stellen.
 6. Wir schlagen vor, wie das Genosse Rainer auch beantragt, eine Kommission „Ost-Koordination“ zu bilden. Diese soll vor allem der Hilfe beim Aufbau und der Weiterentwicklung unserer Parteigliederungen im Osten dienen. Bis zum Herbst soll sie auch einen Beschlussvorschlag entwickeln, wie wir zu funktionierenden Bezirksorganisationen kommen.
 7. Wir wollen zügig mit dem Rotfuchs und der jungen Welt ein Gespräch über die Zusammenarbeit führen. Dies betrifft die Zusammenarbeit zwischen den Zeitungen, aber durchaus auch solche Fragen wie die Rosa-Luxemburg-Konferenz und die Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Rotfuchs-Vereinen.
 8. Zur Umsetzung der vom Parteitag gefällten Beschlüsse zum Thema Kommunalpolitik und speziell Wohnen und Miete möchten wir die Bezirke Hamburg, Berlin und Ruhr-Westfalen bitten, uns möglichst bis zum Mai einen Vorschlag zu erarbeiten, wie wir hier Impulse für das stärkere Eingreifen der Partei geben können.
-

1. (konstituierende) Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2013,

Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover

Beschlüsse

Dem Statut der DKP, Artikel 8 II, entsprechend, beschließt der Parteivorstand über seine Arbeitsweise und gibt sich eine Geschäftsordnung:

Zur Arbeitsweise des Parteivorstandes

I. Parteivorstand

- Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Parteitagungen. Er tritt mindestens alle drei Monate zusammen und wird durch die Vorsitzenden/Sekretariat oder auf Antrag eines Drittels aller Parteivorstandsmitglieder einberufen.
- Der Parteivorstand fasst seine politischen und organisatorischen Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagbeschlüssen und der Diskussionen der Parteimitglieder und Parteigliederungen.
- Der Parteivorstand erarbeitet Entscheidungsvorschläge zu politischen Aufgaben, die von der Partei als Ganzes zu lösen sind. Er organisiert, falls erforderlich, die dazu notwendige Parteidiskussion und fasst die sich daraus ergebenden, für die gesamte Partei verbindlichen Beschlüsse. Dies gilt auch für die Unterstützung und/oder die Beteiligung an zentralen Kongressen und Veranstaltungen sowie für Entscheidungen zur Teilnahme und Aufrufe zu Bundestags- und Europawahlen.
- Es geht um die Vervielfachung unserer Kräfte. Um sie wirksam werden zu lassen, kommt der Überzeugungsarbeit und der Vermittlung der Beschlüsse sowie deren Umsetzung mit der gesamten Partei hohe Bedeutung zu.
- Der Parteivorstand ist der Herausgeber der Zeitung, des Newsletters und der zentralen Internetseiten der Partei (www.dkp.de, www.dkp-online, www.kommunisten.de, www.kommunisten.eu, www.unsere-zeit.de). Er entscheidet über deren inhaltliche Konzeption und die Zusammensetzung der Redaktion.
- Der Parteivorstand wählt die zu seiner Arbeit erforderlichen Leiter/innen von Kommissionen des Parteivorstandes sowie einen Kassierer.
- Der Parteivorstand entscheidet über den Einsatz hauptamtlicher Kräfte zur Realisierung seiner Führungsarbeit.
- Der Parteivorstand erarbeitet sich einen längerfristigen Themen- und Terminplan seiner Sitzungen, aus denen sich der konkrete Umfang der Parteivorstandssitzungen ergibt. Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel auf der Grundlage konkreter Beschlussvorlagen und Anträge.
- Beschlussvorlagen für den Parteivorstand werden von den Parteivorsitzenden bzw. dem Sekretariat erarbeitet. Alle Parteivorstandsmitglieder sowie die gewählten Kommissionen des Parteivorstandes haben das Recht, schriftlich oder mündlich in die Beratungen des Parteivorstandes Anträge und Beschlussvorlagen einzubringen und ihren Standpunkt darzulegen. Beschlussvorlagen bzw. Entscheidungsvorschläge sollen in der Regel eine Woche vor den Parteivorstandstagen den Parteivorstandsmitgliedern zugestellt werden.
- Fragestunden können auf Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- Der Parteivorstand wird über alle wichtigen politischen Vorgänge und über die politische, ideologische und organisationspolitische Entwicklung der Partei sowie über Entwicklungen mit der DKP befreundeter Organisationen und Institutionen informiert.
- Der Parteivorstand wird regelmäßig über die Mitglieder- und Finanzentwicklung informiert.
- Der Parteivorstand wird regelmäßig über die Entwicklung der UZ und des CommPress Verlags informiert.

- Für die laufende Arbeit wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte ein Sekretariat, das u. a. regelmäßig über seine Arbeit berichtet.

II. Geschäftsordnung

- Der Parteivorstand ist bei Anwesenheit von 50 Prozent seiner Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlüsse werden in der Regel offen gefasst. Dies gilt nicht für Wahlen, die lt. Statut geheim durchgeführt werden. Auf Antrag wird in Personalfragen geheim abgestimmt. Antragsberechtigt ist jedes Parteivorstandsmitglied.
- Die Referate sollen in der Regel auf eine Stunde beschränkt bleiben. Wortmeldungen werden in der Reihenfolge der Abgabe quotiert nach dem Reißverschlussverfahren aufgerufen, ErstrednerInnen gehen vor ZweitrednerInnen. Die Redezeit in der Diskussion soll in der Regel 8 Minuten nicht überschreiten. Veröffentlichungen von Beschlüssen des Parteivorstandes und des Sekretariats erfolgen unter Nennung des jeweils beschlussfassenden Gremiums.
- Handlungsorientierte Beschlüsse von Parteivorstand und Sekretariat sind für die Mitglieder des jeweiligen Gremiums verbindlich, auch wenn sie nicht ihrer Meinung entsprechen. Vor der Beschlussfassung sind die Mitglieder der jeweiligen Gremien verpflichtet, für ihre Meinung einzutreten; der Prozess der Entscheidungsfindung muss transparent sein.
- Die Parteivorsitzenden und Mitglieder des Sekretariats haben das Recht, im Parteivorstand ihre Meinung darzulegen, auch wenn sie nicht mit der mehrheitlich gefassten Beschlusslage des Sekretariats übereinstimmt.
- Von den Parteivorstandstagen werden Aufzeichnungen angefertigt, das von allen Mitgliedern des Parteivorstandes in der Bundesgeschäftsstelle angehört werden kann.
- In der Regel werden Referate, Beschlüsse und schriftliche Berichte des Sekretariats in DKP-Informationen veröffentlicht, in besonderen Fällen auch in der UZ. Über jeweils nicht zu veröffentlichende Teile von Parteivorstandstagen entscheidet der Parteivorstand auf Vorschlag der Tagungsleitung. Die Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen geschieht nur in Abstimmung mit den Redner/inne/n.

III. Teilnahme von Gästen an Parteivorstandstagen

- Zu den Parteivorstandstagen werden die Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission eingeladen, ebenso Vertreter/innen der UZ- und MB-Redaktion sowie der Geschäftsführer des CommPress-Verlages. Eingeladen werden – falls gewählt - der Bundesgeschäftsführer und Pressesprecher der DKP sowie die Bezirksvorsitzenden, bzw. Sprecher der Bezirke und Vertreter der Koordinierungsräte.
- Weitere Gäste können entsprechend der Tagesordnung vom Sekretariat des Parteivorstandes eingeladen werden. Über das Rederecht weiterer Gäste wird jeweils durch den Parteivorstand entschieden.

IV. Sekretariat

- Der Parteivorstand wählt ein Sekretariat (Artikel 9 des Statutes) als Arbeitsausschuss. Es ist dem Parteivorstand in vollem Umfang weisungsgebunden, rechenschafts- und informationspflichtig.
- Dem Sekretariat kommt im wesentlichen die Aufgabe zu, die inhaltlichen Fragen von Parteivorstandstagen vorzubereiten, die Umsetzung der Beschlüsse des Parteivorstandes zu organisieren und die Kontrolle der Beschlüsse durch den Parteivorstand vorzubereiten.
- Das Sekretariat organisiert und erörtert in Zusammenarbeit mit Kommissionen Analysen und konzeptionelle Vorschläge für die politische, ideologische und organisatorische Entwicklung der Partei. Wenn es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kommt, ist der Parteivorstand darüber zu informieren.

- Das Sekretariat erarbeitet Tagesordnungs- und Terminvorschläge für Schwerpunkte und Diskussionsstruktur der Parteivorstandstagungen. Er erstattet dem Parteivorstand Bericht über seine Tätigkeit.
- Das Sekretariat ist für die Information der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse von Parteitag und Parteivorstand politisch verantwortlich. Dies erfolgt durch regelmäßige Informationen an die bezirklichen Gremien. Wenn notwendig, werden Beratungen des Sekretariats mit den Bezirksvorsitzenden und dort, wo es möglich ist, Beratungen mit bezirklichen Gremien durchgeführt.
- Die Sitzungen des Sekretariates werden in der Regel von der Parteivorsitzenden geleitet.

V. Parteivorsitzende

- Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden vertreten die Partei gemeinsam und einzeln nach außen.
- Sie übernehmen Einzelverantwortlichkeiten für bestimmte Arbeitsbereiche und erörtern zwischen den Sekretariatssitzungen politische und taktische Fragen, die sich aus aktuellen politischen Entwicklungsprozessen ergeben.
- Sie bereiten die Sitzungen des Sekretariats vor und sichern die Umsetzung der Beratungsergebnisse.
- Zusammen mit dem Sekretariat organisieren sie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und der Redaktion.

VI. Kommissionen

- Beim Parteivorstand werden Kommissionen und Arbeitskreise sowohl für die dauerhafte Tätigkeit in einem Bereich als auch für die Erledigung konkreter, befristeter Arbeitsaufträge gebildet. Die Kommissionen sind Beratungsorgane des Parteivorstandes. Sie sind verantwortlich für die Erarbeitung konkreter Politik, Entscheidungen und Beschlussvorlagen. Sie haben das Recht - soweit sie in einem bestimmten Politikfeld tätig sind - eigenverantwortlich in Abstimmung mit den jeweils verantwortlichen Parteivorsitzenden bzw. Sekretariatsmitgliedern Stellungnahmen abzugeben, in Bündnissen die DKP kompetent zu vertreten und sich für diesen Bereich an die Öffentlichkeit zu wenden. Auf den PV-Tagungen wird über zurückliegende Kommissions- bzw. AG-Treffen in der Regel schriftlich informiert.
- Die Kommissionen werden in der Regel von Parteivorstandsmitgliedern geleitet. Sie tagen parteiöffentlich. In ihr können Parteivorstandsmitglieder, Mitglieder mit spezifischen Kenntnissen und Erfahrungen sowie Mitglieder im Auftrag der Bezirksvorstände mitarbeiten.
- Die Leiter/innen der Kommissionen sollen zu spezifischen Tagesordnungspunkten in die Arbeit des Sekretariats einbezogen werden (z.B. Sitzungsteilnahme, kollektive Diskussionen der Kommissionsergebnisse).
- Genossinnen und Genossen, die für Antragskommissionen auf Parteitag nominiert werden, können vor Parteitag zusammenkommen, um eingereichte Anträge zu bearbeiten und Vorschläge zu erarbeiten.

(Einstimmig angenommen)

3. Tag des 20. Parteitags

Der 3. Tag des 20. Parteitages findet am 25. Mai 2013 in Hannover statt.

Es ist nicht möglich, weitere Abänderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen zu stellen. Initiativanträge sind ausschließlich solche Anträge, die vom Antragsgegenstand her nicht zum regulären Antragsschluss gestellt werden konnten. Der neue Antragsschluss für Initiativanträge ist am Dienstag, den 21. Mai, um 12 Uhr.

Die rechenschaftspflichtigen Mitglieder des alten Parteivorstandes werden eingeladen.

Für die Deckung der Kosten wird ein Delegiertenbeitrag von 40 Euro erhoben. Gäste bezahlen 10 Euro.

(Angenommen mit 20 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen)

Tagesordnung und Zeitplan des 3. Tages des 20. Parteitages

Vorschlag für die Tagesordnung der 3. Tages des 20. Parteitags

1. Eröffnung und Begrüßung
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
2. Regularien
 - Abstimmung über Tagesordnung und Zeitplan
 - ggf. Gremiennachwahl
3. Diskussion und Beschlussfassung „Antworten der DKP auf die Krise“
4. Diskussion und Beschlussfassung über weitere Anträge
5. Schlusswort

Zeitplan

09.00 bis 10.00 Uhr: Anmeldung

10.00 bis 10.15 Uhr: Begrüßung und Eröffnung durch Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

10.15 bis 12.45 Uhr: Diskussion und Beschlussfassung Leitantrag

12.45 bis 13.30 Uhr: Pause

13.30 bis 15.30 Uhr: Diskussion und Beschlussfassung über weitere Anträge

15.30 bis 16.00 Uhr: Schlusswort

(Einstimmig angenommen)

Antrag an die 1. PV-Tagung am 23./24. März 2013 in Hannover

Antragsteller: Uwe Fritsch, Mitglied des Parteivorstands der DKP

Der Parteivorstand möge beschließen.

„Vor dem 3. Tag des 20. Parteitags der DKP organisiert der Parteivorstand eine ausführliche innerparteiliche Diskussion zum Leitantrag „Antworten der DKP auf die Krise“ und die dazu dem Parteitag angekündigten (Berliner Handlungsorientierung) bzw. dort eingereichten Änderungsanträge (Antragsteller Hans Peter Brenner und 22 weitere Dekegierte).

Der 3. Tag des Parteitags soll so terminiert werden, dass Mitglieder und Vorstände der Partei ausreichend Zeit haben, sich mit den Änderungsanträgen auseinander zu setzen.

Eine Fortsetzung des Parteitags am 25. Mai 2013 wäre dafür zu kurzfristig. Es stehen zahlreiche Aktivitäten an, von den UmFAIRteilen-Aktionen über die Ostermärsche und den 1. Mai, den Tag der Befreiung am 8. Mai und die diversen Pfingstaktivitäten die die Kräfte der Partei in Anspruch nehmen werden.“

Begründung:

Die gesamte Partei hatte über ½ Jahr Zeit, den Leitantrag des früheren Parteivorstands zu diskutieren. Die große Resonanz belegen u.a. über 250 Anträge dazu aus Gruppen, Kreisen sowie Bezirks- und Landesorganisationen.

Wenige Tage vor dem Parteitag wurde die Absicht bekannt, das letzte Drittel des Leitantrages zu ersetzen durch die im Wesentlichen unveränderte „Handlungsorientierung“ des Berliner Landesverbands. Diese war von den Antragstellern zuvor ausdrücklich nicht als „Gegenantrag“ definiert worden. Diesen Charakter hätte sie aber nach Meinung vieler Mitglieder angenommen wenn sie einen Teil des Leitantrags ersetzen sollte.

Der von Hans Peter Brenner und weiteren 22 Unterzeichnern eingereichte Änderungsantrag wurde als Kompromiss bezeichnet.

Beiden Änderungsanträgen ist gemein, dass sie nur in Teilen oder gar nicht in der Partei diskutiert werden konnten.

Die Forderung des Statuts nach der Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen wird ohne eine breite Diskussion über die Veränderung des breit diskutierten Leitantrags nicht erfüllt.

Es wird in Zukunft weit aus schwierigen sein in der Partei breite Diskussionen vor Parteitag zu führen, wenn die Mitglieder damit rechnen müssen, dass letztendlich Anträge, die nicht in der gesamten Partei diskutiert wurden, in einer als handstreichartig empfundenen Vorgehensweise vorliegende Anträge ganz oder teilweise ersetzen.

(Bei Annahme des Antrags „3. Tag des 20. Parteitages“ abgelehnt)

Wahl des Sekretariats des Parteivorstandes

Die Aufgaben des Sekretariats ergeben sich aus dem Statut und der vom Parteivorstand beschlossenen Arbeitsweise des Parteivorstandes. Dem Sekretariat gehören der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden an. Sie haben die Aufgabe, die Sitzungen des Sekretariats vorzubereiten und die Umsetzung der Beratungsergebnisse zu organisieren. Gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern des Sekretariats, haben sie die Aufgabe, die Parteivorstandstagungen vorzubereiten. Das Sekretariat ist ein Arbeitsausschuss des Parteivorstandes. Es ist dem Parteivorstand in vollem Umfang informations- und rechenschaftspflichtig. Dem Sekretariat gehören an:

1. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
verantwortlich: Kommunalpolitik, Bündnispolitik
2. Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
verantwortlich: Marxistische Bildungsarbeit, incl. KLS, Zusammenarbeit mit Marxistische Blätter, Marx-Engels-Stiftung
3. Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
verantwortlich: UZ-Chefredakteurin
4. Wera Richter, stellvertretende Vorsitzender der DKP
verantwortlich: Organisationspolitik, Jugendarbeit

Es wurden folgende weitere Mitglieder für die Arbeit in das Sekretariat gewählt:

5. Michael Größ – Öffentlichkeitsarbeit (20 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen)
6. Olaf Harms – Betrieb & Gewerkschaft (21 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen)
7. Günter Pohl – Internationale Arbeit (22 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
8. Werner Sarbok – Finanzen (22 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

Werner Sarbok wurde mit 22 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung als Bundeskassierer bestätigt.

Zur Arbeit von Kommissionen und Arbeitskreisen des Parteivorstandes sowie deren Leiterinnen bzw. Leiter

Im Artikel 12 des Statuts – Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Tagungen – heißt es: „Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Tagungen zu einzelnen Sachgebieten oder für bestimmte Personengruppen sind Beratungsorgane der gewählten Vorstände bei der Politikerarbeit. Sie haben für das jeweilige Sachgebiet und an die Vorstände auf der Ebene, auf der sie wirken, Vorschlags- und Antragsrecht. Sie können durch die Vorstände auf allen Ebenen der Partei für die Lösung befristeter Aufträge oder für die dauerhafte Tätigkeit gebildet werden. Daran teilnehmende Mitglieder sind nicht von der Mitarbeit in ihren Grundorganisationen befreit. ... Über die Berufung der Kommissionen bzw. Arbeitsgemeinschaften sowie die Benennung der Leitung entscheidet der Vorstand der Parteiebene, für die die Arbeitsgemeinschaft bzw. Kommission gebildet wird.“

Aufgrund der Erfahrungen der Kommissionsarbeit und der mehrfach im Parteivorstand diskutierten Aufgabenstellungen ist deren Zusammensetzung in Abstimmung zwischen den Bezirken und dem Sekretariat des Parteivorstandes gemeinsam mit den jeweiligen Leiter/innen erforderlich.

„Der Parteivorstand entscheidet über die Leiterinnen und Leiter von Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf der zentralen Ebene zur dauerhaften Tätigkeit oder zur Lösung befristeter Arbeitsaufträge gebildet werden.“ (Statut der DKP)

Folgende Kommissionen wurden beschlossen:

1. Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik
Leiter: Olaf Harms, Mitglied des Sekretariats des PV
2. Kommission Marxistische Theorie und Bildung
Leiter: Hans-Peter Brenner, Stellvertretender Vorsitzender der DKP
3. Finanzkommission
Leiter: Werner Sarbok, Mitglied des Parteivorstandes
4. AG Öffentlichkeitsarbeit
Leiter: Michael Grüß, Mitglied des Parteivorstands
5. Internationale Kommission (IK)
Leiter: Günter Pohl, Mitglied des Sekretariates des PV
AG Kuba-Solidarität als Bestandteil der IK
Leiterin: Nicole Drücker, Mitglied des Parteivorstands
6. Jugendkommission
Leiter: Axel Koppey, Mitglied des Parteivorstands
7. Ostkoordination
Leiter: Mario Berrios, Mitglied des Parteivorstands
8. DKP-Arbeitsgruppe queer
Leiter: Thomas Knecht, Ansprechpartner im Sekretariat Olaf Harms

Das Sekretariat wird beauftragt, auf seiner 2. Tagung über die Leitung folgender Kommissionen zu beschließen:

9. Frauenarbeitskreis
10. Kulturkommission
11. Geschichtskommission der DKP

Das Sekretariat wird beauftragt, zu beraten und zu prüfen ob die Bildung von Kommissionsarbeit möglich ist:

12. Sozialpolitische Kommission
13. Kommission Umwelt- und Energiepolitik

Das Sekretariat wird beauftragt, möglichst schnell einen Pressesprecher vorzuschlagen.

(Einstimmig angenommen)

Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses von Bettina Jürgensen

Mit Beendigung der Wahlfunktion als Vorsitzende der DKP wird das daran gekoppelte Arbeitsverhältnis von Bettina Jürgensen fristgemäß zum 30.4.2013 gekündigt. Bis dahin ist sie freigestellt.

(Angenommen: 18 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen)

Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses des Bundesgeschäftsführers

Mit Auslaufen der bisherigen Amtsperiode erlischt das Vertragsverhältnis mit dem bisherigen Bundesgeschäftsführer Klaus Weissmann. Die formale Kündigung wird fristgemäß zum 31.05.2013 ausgesprochen. Bis dahin ist er freigestellt.

(Angenommen: 18 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen / mit namentlicher Abstimmung)

Neuanstellung von Wera Richter

Mit Aufnahme ihrer Tätigkeit als stellv. Vorsitzende der DKP wird zum 01.05.2013 ein vertragliches Arbeitsverhältnis mit Wera Richter als Verantwortliche für Organisationspolitik vereinbart.

(Angenommen: 22 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

Braunschweig, 23. März 2013

Persönliche Erklärung

zur heutigen Entlassung unserer Genossin Bettina Jürgensen und unseres Genossen Klaus Weißmann durch die Mehrheit des neugewählten Parteivorstandes auf seiner ersten Sitzung

Die DKP ist eine besondere Partei. Sie steht durch ihre grundsätzliche radikale Kritik an der gesellschaftlichen Ordnung in schärfster Opposition zur bundesrepublikanischen Realität. In ihrer Kapitalismuskritik weist sie über die bestehende Gesellschaft hinaus. Mit ihrem Programm und ihrem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus steht sie unter besonderer Beobachtung des Verfassungsschutzes und wird als linksextremistisch eingestuft.

Aus diesem Grund ist die Entscheidung für unsere Partei zu arbeiten auch eine richtungsweisende für die Person und damit auch für uns. Dieser besonderen Verantwortung haben wir uns zu stellen. Personalpolitik darf sich nicht innerparteilichen Auseinandersetzungen unterwerfen. An dieser Stelle ist Besonnenheit im Umgang mit den Menschen und Beschäftigten gefordert.

Unser Selbstverständnis im Umgang mit Beschäftigten des Parteivorstandes

In unserer Partei war es bisher gute Tradition, Genossinnen und Genossen, die aus ihrer Funktion ausgeschieden sind, an anderer Stelle weiter zu beschäftigen, außer sie wollten selbst aufhören. Es gab bisher keine politisch motivierte Kündigung und es darf sie auch weiterhin nicht geben.

Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz für aktive, solidarische Betriebsräte:

Einer Entlassung, einer Kündigung wird niemals zugestimmt.

Ich habe in 26 Jahren Betriebsratsarbeit keiner einzigen Kündigung zugestimmt. Dieses Verständnis gilt für mich insbesondere für Genossinnen und Genossen der DKP, die ohne Rücksicht auf ihre soziale Absicherung hauptamtlich für unsere Partei arbeiten. Sie verdienen unseren besonderen Schutz!

Umso mehr war ich entsetzt über den Antrag des neuen Parteivorsitzenden Patrik Köbele sowie der Stellvertreter/innen, Wera Richter und Hans-Peter Brenner, kaum 3 Wochen nach der Übernahme der Funktion die ersten Kündigungen zu vollziehen. Auch mein Hinweis, sich die Zeit zu lassen, um eventuell andere politische oder einigermaßen sozialverträgliche Lösungen zu finden, wurde auf der Parteivorstandstagung nicht diskutiert.

Mich hat erschüttert, in welcher Geschwindigkeit die neue Mehrheit im Parteivorstand die beiden Kündigungen beschlossen hat! So ein Vorgehen ist zutiefst unsozial und hat mit meiner Vorstellung kommunistischer Ideale nichts zu tun. Sieht man sich mal die Kündigungsgründe an, wird das Verfahren noch unverständlicher:

Mit ihrer Abwahl hat unsere Genossin Bettina Jürgensen sofort das Recht verwirkt, für unsere Partei in welcher hauptamtlichen Funktion auch immer, zu wirken und für die Verwirklichung des Programms zu arbeiten. Fehlendes Vertrauen hieße ihr zu unterstellen, dass sie nicht auf dem Boden des Parteiprogramms steht und auch nicht bereit ist, für die Umsetzung zu wirken!

Basis unserer hauptamtlichen Arbeit bilden das Parteiprogramm und die geltenden Beschlüsse.

Eine Zusammenarbeit auf dieser Basis muss möglich sein.

Auch wenn ich heute noch keine Mehrheit in diesem Parteivorstand für meine Position finde, werde ich immer wieder solch einem für Kommunist/innen unwürdigem Vorgehen widersprechen und für ein solidarisches Miteinander kämpfen!

Uwe Fritsch

Einige Anmerkungen zur persönlichen Erklärung von Uwe Fritsch

- 1) Der PV hat mit großer Mehrheit beschlossen das an die Wahlfunktion gebundene Arbeitsverhältnis mit Bettina Jürgensen auslaufen zu lassen.

Uwe schreibt: „In unserer Partei war es bisher gute Tradition, Genossinnen und Genossen, die aus ihrer Funktion ausgeschieden sind, an anderer Stelle weiter zu beschäftigen“. Uwe weiß genauso gut, wie jedes andere PV-Mitglied, dass das nicht geht, da wir weder Stellen, noch die entsprechenden Finanzmittel haben. Das hätte bedeutet, die Einstellung von Genossin Wera Richter wäre nicht möglich gewesen.

- 2) Der PV hat ebenfalls mit großer Mehrheit die fristgemäße Kündigung von Klaus Weißmann beschlossen, der bisher als Bundesgeschäftsführer tätig war. Als Gründe wurden in der Diskussion benannt:

- Klaus hat das Papier aus Südbayern, das auf Konsequenzen der Fraktionsbildung orientiert, erhalten, er hat davon die gewählten Vorsitzenden nicht informiert, sondern das Papier an einen kleinen Kreis von Genossinnen und Genossen weitergeleitet.
- Klaus hat sich geweigert den Link auf www.kommunisten.de aus einem Öffentlichkeitsmaterial zu entfernen, obwohl dies der Meinung der neugewählten Vorsitzenden entsprach und er entsprechend von Genossin Wera Richter aufgefordert war.
- Seine diesbezügliche Position kommunizierte und diskutierte er nicht nochmal mit den Vorsitzenden oder Genossin Wera Richter, sondern versendete das Öffentlichkeitsmaterial mit dem Hinweis darauf, dass er sich weigert diese Aufforderung umzusetzen.
- Dies reiht sich ein in eine längere Reihe von Dingen, die belegen, dass Klaus seine Rolle nicht als Geschäftsführer der gesamten Partei versteht, so z.B. das demonstrative Verteilen der sogenannten Thesen am Ende des 19. Parteitags.

- Auch auf der Tagung des Parteivorstands selbst brachte Klaus nochmal deutlich zum Ausdruck, dass von ihm weder eine Loyalität zu den bisherigen Entscheidungen des 20. Parteitags, noch zum neugewählten Parteivorstand zu erwarten ist.

Die Funktion eines Bundesgeschäftsführers der Partei ist eine Vertrauensstellung. Der Parteivorstand hat mit großer Mehrheit deutlich gemacht, dass dieses Vertrauen nicht existiert.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Hans-Peter Brenner, Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Übertragung der Rechte an der Internet-Domäne und des nachrichtenportals www.kommunisten.de bzw. www.kommunisten.eu

Genosse Leo Mayer wird aufgefordert, die Internet-Domäne www.kommunisten.de und www.kommunisten.eu sowie das Nachrichtenportal bis zum 31.3.2013 an den Parteivorstand der DKP zu übergeben.

Begründung:

Die Webseiten "www.kommunisten.de" bzw. www.kommunisten.eu wurden seinerzeit vom Parteivorstand der DKP als aktuelle Nachrichtenportale der DKP eingerichtet. Sie sollten in Ergänzung der Publikationstätigkeit von www.dkp.de bzw. der Wochenzeitung Unsere Zeit als offizielles aktuelles Nachrichtenorgan der DKP fungieren.

Spätestens vor, während und nach dem ersten Teil des 20. Parteitags wurde deutlich, dass „kommunisten.de“ diese Funktion eines Nachrichtenportal nicht mehr erfüllt, sondern im Interesse einer Meinungsströmung agiert.

Hinzu kommt, dass aus der Verwaltung der de-Domänen (www.denic.de) zu erkennen ist, dass spätestens seit dem 22.2.2013 Leo Mayer als Privatperson Inhaber dieser Domäne ist.

Dieser Wechsel war nicht vom Parteivorstand beschlossen oder bestätigt worden.

Es ist dies mithin eine Art Enteignung eines der DKP gehörenden Medienportals durch Leo Mayer.

(Angenommen mit 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Beendigung der Funktion als ehrenamtlicher Chefredakteur von [kommunisten.de](http://www.kommunisten.de) durch Michael Maercks

Michael Maercks wird als als Chefredakteur von www.kommunisten.de mit dem heutigen Tag abgelöst.

Begründung:

Der derzeitige Chefredakteur hat durch seine zunehmend subjektivistische Berichterstattung vor, während und nach dem Parteitag zu erkennen gegeben, dass er sich nicht von den Interessen der Gesamtpartei, den Beschlüssen des Parteitages und der vom Parteitag gewählten neuen Führung leiten lässt, sondern eindeutig parteiisch im Sinne einer Strömung tätig ist.

Das nötige Vertrauensverhältnis zwischen dem PV als dem Verantwortlichen für www.kommunisten.de und Michael Maercks ist nicht mehr gegeben.

(Angenommen mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Mitwirkung der DKP bei und in Gremien der EL

- Das Mandat der bisherigen Vertreter der DKP bei der EL, Bettina Jürgensen und Leo Mayer erlischt mit dem heutigen Tag.
- Die Vertretung der DKP bei der EL wird bis zu diesem Parteitagsbeschluss durch die Vorsitzenden der DKP unter Hinzuziehung der Internationalen Kommission des PV wahrgenommen.

(Einstimmig angenommen)

Finanzielle Unterstützung der SDAJ

Es wird ein zweckgebundener Spendenauftrag in die Partei gegeben mit dem Ziel, der SDAJ monatlich 451 Euro zur Verfügung zu stellen. Bis zur Absicherung der Spenden kommt der Parteivorstand ab Juni 2013 für die Finanzierung auf. Der Beschluss gilt bis zum 31. Dezember 2013 mit der Option, ihn zu verlängern.

(Einstimmig angenommen)

Volker Metzroth

An die Mitglieder des Parteivorstands

Ich will auf diesem Weg, ohne formellen Antrag, darauf hinweisen, daß m.E. der PV über die Frage der Fahrtkostenerstattung für PV-Mitglieder beraten müßte.

Dies könnte nach einer Vorbereitung durch Sekretariat, Kassierer und Finanzkommission auch auf der für Juni geplanten PV-Tagung erfolgen.

Früher wurden die Kosten vom PV getragen. Irgendwann wurde dann beschlossen, daß die Bezirke diese tragen sollen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Beschluß über die Verteilung des Defizits beim jüngsten UZ-Pressefest und die eindeutigen Hinweise der Bundesschiedskommission halte ich diese Praxis für problematisch.

Das Einverständnis der Bezirke voraussetzend könnte eine diesbezügliche Regelung erneuert werden. Allerdings ist m.E. zu überlegen, ob das in Form einer Umlagefinanzierung geschehen kann, da die Belastungen pro PV-Mitglied aufgrund der sehr unterschiedlichen Anfahrtswege sehr verschieden sind. Das schließt natürlich Mitglieder zentraler Kommissionen etc. mit ein.

Rote Grüße

Volker Metzroth

(Arbeitsauftrag für 1. Sitzung des Sekretariats)

Unterstützung von Blockupy

Der Parteivorstand der DKP unterstützt die Vorbereitung und Durchführung des Protestes „Blockupy“ am Freitag, den 31. Mai 2013 und Sonnabend, den 1. Juni 2013 in Frankfurt/Main.

Der DKP- Parteivorstand unterzeichnet den zentralen Aufruf der Initiative. Der Parteivorstand ruft alle Gruppen und Mitglieder der DKP auf, sich an den örtlichen Vorbereitungsbündnissen, die zu einer gemeinsamen Fahrt nach Frankfurt mobilisieren, zu beteiligen und selbst als DKP sichtbar vor Ort und während der Aktionen in Frankfurt/Main teilzunehmen.

Begründung:

KommunistInnen der DKP haben bereits 2012 an den Aktionen und der Blockade der EZB in Frankfurt/Main teilgenommen. Für uns dieser Widerstand Teil unserer Politik, die Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerungen durchsetzen will.

Aufruf: <http://blockupy-frankfurt.org/aufruf>

(Mit 1 Enthaltung angenommen)

Unterstützung „Umfairteilen“

Der Parteivorstand der DKP unterstützt die dezentralen Aktionen „Umfairteilen“ am 13. April 2013 und unterzeichnet den zentralen Aufruf der Initiative.

Der Parteivorstand ruft alle Gruppen und Mitglieder der DKP auf, sich aktiv an der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten regionaler Bündnisse zu beteiligen.

Begründung:

In der gemeinsamen Entwicklung von Alternativen gegen den Sozialabbau, in der gemeinsamen Aktion und den dort möglichen und in Veranstaltungen zu führenden Diskussionen um alternative Gesellschaftsmodelle können KommunistInnen der DKP die Arbeiterklasse und die Menschen ansprechen und überzeugend für eine andere Politik wirken.

Dabei sind breitest mögliche Bündnisse – auch für punktuelle Forderungen – zu unterstützen.

Weitere Informationen: <http://umfairteilen.de/start/mitmachen/>

(Einstimmig angenommen)

Antrag an den Parteivorstand zum Treffen des DGB-Vorsitzenden und Verteidigungsminister de Maiziere

Antragstellerin Renate Münder

Die DKP kritisiert die geplante engere Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Bundeswehr, wie sie der DGB-Vorsitzende Sommer auf seinem Treffen mit Verteidigungsminister de Maiziere am 5.2.13 befürwortete, sowie die dort angekündigte gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr. Sie lehnt insbesondere die Aussage des Bundesverteidigungsministers de Maizière ab, wonach die „Bundeswehr Teil der Friedensbewegung“ sei, eine Aussage, der Sommer nicht widersprach.

Sommers Äußerung „Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“ ist unakzeptabel und ein großen Rückschritt, der in krassstem Widerspruch zu dem starken Engagement der Gewerkschaften gegen die Wiederbewaffnung und die beabsichtigte atomare Bewaffnung der Bundeswehr steht. Sie ist nicht zu vereinbaren mit den gewerkschaftlichen Protesten gegen die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr, insbesondere gegen den Krieg im Irak und in Afghanistan, gegen Aufrüstung und Waffenexport. Keine Beschlüsse des DGB ermächtigen ihn zu solchen Äußerungen.

Die Bundeswehr war nie Teil der Friedensbewegung und kann es nie sein. Sie führt weltweit Krieg und darf seit 2012 sogar im Innern, d.h. auch gegen die Arbeiterbewegung, eingesetzt werden. Unverzichtbarer Teil der Friedensbewegung ist jedoch die Arbeiterbewegung. Die DKP wird deshalb ihre Kräfte dafür einsetzen, dass eine Erklärung von DGB und Bundeswehr, in der die DGB-Gewerkschaften die deutsche Kriegspolitik mittragen, nicht verabschiedet wird, sondern dass sich die Gewerkschaften für den Frieden einsetzen.

(Arbeitsmaterial für die Berichterstattung in der UZ und der UZ-extra zum 1. Mai)

Solidarität mit der Arbeiterklasse und dem Volk von Zypern

An das ZK der AKEL

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteivorstand der DKP sendet Euch von seiner ersten, konstituierenden Sitzung nach unserem 20. Parteitag brüderliche und schwesterliche Grüße.

Mit großer Sympathie verfolgen wir aus einem der imperialistischen Hauptzentren der EU den Abwehrkampf der Werktätigen Zyperns gegen das erpresserische Diktat des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission, welche im Bunde mit der neuen Rechtsregierung Eures Landes die Folgen der tiefen Krise des Finanz- und Monopolkapitalismus auf die breiten Massen abwälzen will.

Die Politik der „Troika“ steht in der Tradition der kolonialistischen und neokolonialistischen Unterdrückung und Ausbeutung Zyperns. Sie richtet sich gegen die nationale Souveränität der vom Imperialismus in ökonomischer und politischer Abhängigkeit gehaltenen Staaten und Völker an der Peripherie, die zu Dienstleistern und Absatzmärkten für diese kapitalistischen Großmächte degradiert werden sollen.

Die Krise des europäischen Finanz-, Banken und Währungssystems ist nicht einfach das „Versagen“ einzelner Politiker Finanzinstitute oder von „gierigen Managern“. Sie ist Ausdruck der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, und die geplanten Schritte zur Eindämmung der Krise bewegen sich ebenfalls in der Logik des Kapitalismus, die da lautet: Gewinne privatisieren und Verluste „sozialisieren“.

Der Widerstand des zypriotischen Volkes gegen die asoziale Anmaßung auch die Bezieher kleiner Einkommen und Besitzer nur kleiner Sparguthaben für die Krise des kapitalistischen Finanz- und Bankensystems haftbar zu machen, hat einen ersten Teilerfolg erzielt.

Unter dem Druck der von unserer Schwesterorganisation der AKEL, dem kommunistischen Jugendverband EDON, der Zyprischen Frauenorganisation POGO, der Bauernvereinigung EKA und der Arbeitsföderation PEO und anderer fortschrittlicher Organisationen entwickelter Massenproteste und Großdemonstrationen hat das zypriotische Parlament die ursprünglichen Pläne der Rechtsregierung gestoppt.

Dies ist eine wichtige Botschaft für alle Völker Europas: der Widerstand und Protest gegen die anmaßenden und antisozialen Pläne der vom deutschen Imperialismus dominierten Politik der EU ist nicht vergeblich.

Die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung und das Bündnis mit den breiten nichtmonopolistischen Schichten des Volkes können zu Kurskorrekturen zwingen.

In diesem Kampf stehen wir deutschen Kommunistinnen und Kommunisten an der Seite der AKEL und der anderen progressiven Kräfte Zyperns.

Wir fühlen uns ermutigt den Widerstand im eigenen Land gegen die asoziale Politik der Merkel-Schäuble-Rösler-Regierung fortzusetzen und zu intensivieren. Denn auch in der BRD leiden die Werktätigen unter der antisozialen Offensive des Monopolkapitals, vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich, bangen die arbeitenden Menschen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und Ersparnisse.

Wir bekunden Euch unsere Solidarität und wünschen Euch weitere Erfolge.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Parteiivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei

(Einstimmig angenommen)